

Rainer Münz

## Wanderungspolitik als Entscheidung über unsere Zukunft

Wieviele Zuwanderer braucht unsere Stadt? Wer heute in Wien diese Frage stellt, bekommt alles mögliche zu hören, nur keine positive Antwort. Denn in den Metropolen unseres Kontinents ist eine Mehrheit der stimmberechtigten Bürgerinnen und Bürger gegen weitere Zuwanderung. Manche würden am liebsten auch jene wieder heimschicken, die in den letzten Jahrzehnten zu uns kamen, oder die wir selbst hierher geholt haben. Migranten erscheinen einem Teil der Einheimischen als Bedrohung. Sie sind Auslöser von Zukunftsängsten. Sie sind zugleich eine Manövriermasse der Politik. Und sie werden für eine Reihe von Defiziten unserer Gesellschaft verantwortlich gemacht. Manchmal geschieht dies zu Recht. Aber viel häufiger müssen sie als Sündenböcke herhalten.

Gewaltbereite Jugendliche, steigende Arbeitslosigkeit, Kriminalität und Wohnungsnot gäbe es in Wien auch dann, wenn in den letzten zehn Jahren niemand eingewandert wäre. Trotzdem können sich all jene, die vor weiterer Zuwanderung warnen und nach einer dichten Grenze rufen, der Zustimmung der schweigenden Mehrheit und einer lautstarken Minderheit sicher sein. Der Stand der Dinge macht es schwer, über Einwanderung nüchtern zu diskutieren. Das liegt offenbar schon am Wort. Es ist emotional "besetzt". Denn Einwanderung suggeriert sowohl eine Einbahnstraße, die auf uns zuläuft, als auch etwas Endgültiges. Eines unserer Hauptprobleme ist dabei der Gegensatz zwischen unserem Selbstverständnis und der Realität. Denn ohne die Zuwanderer von gestern wäre Wien keine europäische Metropole geworden. Und ohne die Zuwanderer von morgen wäre Wien bald keine Millionenstadt mehr. Als Standort würde unsere Stadt dabei immer mehr an Bedeutung verlieren. Es ist schon im Interesse der Einheimischen zu wünschen, daß es dazu nicht kommt. Deshalb braucht Wien auch in Zukunft ein gewisses Maß an Zuwanderung. Dies zu regeln und für einen urbanen Umgang mit den neu Hinzukommenden zu sorgen, ist für die Zukunft Wiens entscheidend.

Hauptziele jeder verantwortungsvollen Migrationspolitik müssen die Steuerung der Zuwanderung (statt ihrer Verhinderung) und die Integration der Migranten sein. Letzteres wurde bei vielen in Wien lebenden Arbeitsmigranten aus dem ehemaligen Jugoslawien, der Türkei und Ost-Mitteuropa verabsäumt. Im Gegensatz zu den Zuwanderern der Jahre 1860 bis 1914 kamen die "Gastarbeiter" der sechziger und siebziger Jahre meist nicht mit der Perspektive, sich in Wien endgültig niederzulassen. Viele wurden erst nachträglich zu Einwanderern, holten ihre Familien nach oder gründeten überhaupt erst hier eine Familie. Die meisten von ihnen werden auf Dauer dableiben und das Erscheinungsbild der urbanen Stadtgesellschaft Wiens mitprägen, ohne deren Charakter grundlegend zu verändern. Trotz langer Anwesenheit in Wien sind die meisten Zuwanderer aus dem Ausland nach wie vor ausländische Staatsbürger. Gleiches gilt für viele in Wien geborene Kinder ausländischer Zuwanderer. Sie besitzen daher kein Wahlrecht. Sie können nicht Beamte werden, in keine Gemeindewohnung ziehen und an ihrem Arbeitsplatz nicht zum Betriebsrat gewählt werden. Sie können unter Umständen sogar wieder in ihr Herkunftsland zurückgeschickt werden. All das bewirkt Unsicherheit und zwingt viele Ausländer unnötigerweise zu einem gewissen Maß an Ambivalenz zwischen alter Heimat und neuer Existenz in Wien.

Die wünschenswerte Alternative heißt: Integration. Als "Preis" dafür gilt in der Regel die Aufgabe der mitgebrachten ethnischen Identität. Für die betroffenen Migranten und ihre Kinder mag dies von Vorteil sein. Assimilation reduziert soziale Diskriminierung im Alltag und vergrößert die Chance des beruflichen Aufstiegs zumindest für die zweite Generation. Daß auch die Stadt als ganzes von der fast vollständigen Assimilation ihrer Zuwanderer profitiert, ist hingegen nicht gewiß.

Die Alternative zur vollständigen Assimilation wäre ein wieder stärker kosmopolitisches Wien: eine Metropole, die das kulturelle und sprachliche Potential der Zugewanderten nicht restlos einebnet oder diskriminiert, sondern zu einem ihrer Bestandteile macht. So verstandene Multikulturalität wäre nicht die folkloristische Tarnung einer entlang ethnischer Grenzen gespaltenen Stadtgesellschaft. Sie wäre die Basis kosmopolitischer Vielfalt.

Aufgabe kommunaler Migrationspolitik ist auf jeden Fall die Veränderung von Rahmenbedingungen. Dabei geht es nicht nur um Toleranz und Urbanität, sondern um ganz konkrete Maßnahmen gegen Diskriminierung, gegen die Ausbeutung von Migranten auf dem Arbeitsmarkt, gegen die Verdrängung inländischer Arbeitskräfte, gegen unzumutbare Wohnbedingungen und die Entstehung von Ghettos. Soziale und räumliche Integration von Einheimischen und neu Hinzugekommenen ist das Ziel. Aus Zuwanderern müssen Stadtbürger werden.